

Neuss/Grevenbroich, 13.06.2012

An die
Damen und Herren
Abgeordneten des Kreistages
des Rhein-Kreises Neuss

An die Dezernenten

**Sitzung des Kreistages am 19. Juni 2012
- Ergänzung der Tagesordnung -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit ergänze ich die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 19.06.2012 wie folgt:

Öffentlicher Teil:

TOP 13.2

Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema „Teilnahme an Sitzungen des Kreistages“ vom 05.06.2012

TOP 13.3

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema „Bildung statt Betreuungsgeld“ vom 06.06.2012

TOP 13.4

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Gender Mainstreaming bei den Gesundheitsdiensten des Rhein-Kreises“ vom 06.06.2012

TOP 13.5

Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen auf eine Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses zum Thema „Ausbau der 380-KV-Freileitungen im Kreisgebiet“ vom 06.06.2012

Ich verweise auf die Erläuterungen in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Mit freundlichen Grüßen



Sitzungsvorlage-Nr. 010/1948/XV/2012

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	19.06.2012	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Teilnahme an Sitzungen des Kreistages" vom 05.06.2012

Anlagen:

Antrag UWG/ Die Aktive

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive - Lindenstraße 20 - 41515 Grevenbroich

**Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2**

41515 Grevenbroich

41515 Grevenbroich
Lindenstr. 20
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Grevenbroich, den 05. Juni 2012

7.8.6.

Teilnahme an Sitzungen des Kreistages

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreistag am 19.06.2012 zur Entscheidung vorzulegen:

Zukünftig wird es den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Fraktionen gestattet, als stille Teilnehmer an den Sitzungen des Kreistages (auch an dem Nichtöffentlichen Teil) teilzunehmen.

Da der betroffene Personenkreis in der Regel die Treueverpflichtung abgegeben hat, sollte diesem Vorschlag nichts entgegenstehen.

Wir sehen in dieser Maßnahme eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Fraktionsgeschäftsstellen und ihren Kreistagsangehörigen.

Mit freundlichem Gruß



Carsten Thiel
Fraktionsvorsitzender

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 11.06.2012

010 - Büro des Landrates/Kreistages

**rhein
kreis
neuss**

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1947/XV/2012

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	19.06.2012	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema "Bildung statt Betreuungsgeld" vom 06.06.2012

Anlagen:

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen



Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax Nr. +49 2181 6012400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

Neuss, 6. Juni 2012
Martin Kresse / Renate Dorner-Müller

Bildung statt Betreuungsgeld

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Bundesregierung plant auf Drängen der CSU die Einführung eines Betreuungsgeldes, das ab 2013 ausgezahlt werden soll. Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder bis zum Alter von 3 Jahren ausschließlich zu Hause zu betreuen und nicht in eine KiTa zu schicken, sollen dann eine staatliche monatliche Zuwendung ab Januar 2013 für Kinder im zweiten Lebensjahr in Höhe von 100 Euro bzw. ab 2014 150 Euro monatlich, dann auch für Kinder im dritten Lebensjahr, erhalten.

Der **Kreistag** des Rhein-Kreises Neuss wird geben, in seiner **Sitzung am 19. Juni 2012** folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss bittet die Bundesregierung, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von bis zu 2,2 Milliarden Euro jährlich in den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

Begründung:

- Schweden (2008), Norwegen (1998) und Finnland (1985) haben langjährige Erfahrungen mit einem Betreuungsgeld gesammelt. Mindestens 320 Euro werden dort Eltern ausgezahlt, die auf eine staatliche Kinderbetreuung verzichten. Eine Studie befasst sich mit den Auswirkungen: „In der Praxis bewahrheiten sich die Befürchtungen der Betreuungsgeld-Gegner. Es wirkt sich nachteilig auf die Geschlechtergerechtigkeit aus, es behindert die Erwerbstätigkeit von Müttern und bremst den Ausbau der Betreuungsangebote - und es hält vor allem Zuwandererfamilien davon ab, ihre Kinder in eine KiTa zu schicken.“ (Süddeutsche Zeitung, 20.04.2012)
- Grundsätzlich halten wir es für nicht sinnvoll, für eine staatliche Leistung zu zahlen, die NICHT in Anspruch genommen wird.

- Die Kosten für das Betreuungsgeld werden auf 1,2 Milliarden Euro geschätzt, also fast ein Drittel der 4 Milliarden Euro für den gesamten Krippenausbau. Hinzu kommt der enorme zusätzliche Verwaltungsaufwand. Geld, das dann für den Ausbau der Kinderbetreuung oder für Sprachförderprogramme fehlt. Deshalb sollte das Geld besser in ein flächendeckendes und gutes Betreuungsangebot für Kleinkinder investiert werden, um damit endlich eine echte Wahlfreiheit für Familien – insbesondere für Mütter – herzustellen.
- Ab dem 1. August 2013 besteht bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, in NRW fehlen noch 27.000 Plätze. In ihrem Zehnpunkteprogramm schlägt Bundesfamilienministerin Schröder vor, klammen Kommunen mit einem zinsgünstigen Kredit auf die Sprünge zu helfen. Es darf nicht dazu kommen, dass Kommunen zu Ausfallbürgen eines unterfinanzierten KiTa-Ausbaus werden. Das teure Betreuungsgeld wird dringend für den KiTa-Ausbau gebraucht!
- Gerade Kindern aus sozial schwächeren Familien muss früh der Zugang zu öffentlichen Bildungsstätten ermöglicht werden, um ihre Bildungschancen deutlich zu verbessern.
- Der geplante Ausschluss von Hartz IV-BezieherInnen vom Betreuungsgeld macht deutlich, weshalb diese Initiative aus Bayern initiiert werden soll: hier geht es nicht um die gesellschaftliche Honorierung von Erziehungsleistung, sondern darum, bereits privilegierte Familien zu bedienen. Diese Mitnahmeeffekte für Besserverdienende sind kontraproduktiv.
- Als eine Konsequenz des Betreuungsgeldes ist zu befürchten, dass viele Mütter länger zu Hause bleiben. Dies gilt angesichts der Höhe von KiTa-Gebühren auch für „NormalverdienerInnen“-Haushalte.
- Ihr Wiedereinstieg in den Beruf wird so deutlich erschwert. Das können wir uns nicht leisten, denn schon jetzt gibt es in Deutschland einen erheblichen Fachkräftemangel. Wenn jetzt zusätzlich Anreize geschaffen werden, die diese Entwicklung noch verschärfen, ist das volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.
- Alles in allem ist das Betreuungsgeld kaum etwas anderes als eine "Zurück-an-den-Herd" - Prämie für junge Frauen zu Lasten des Ausbaus von Kinderbetreuung.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Stephan-Gellrich
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss – per Email

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 11.06.2012

010 - Büro des Landrates/Kreistages

**rhein
kreis
neuss**

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1946/XV/2012

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	19.06.2012	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Gender
Mainstreaming bei den Gesundheitsdiensten des Rhein-Kreises Neuss"
vom 06.06.2012**

Anlagen:

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax-Nr. +49 2181 6012400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

Neuss, 6. Juni 2012
S. Stephan-Gellrich / R. Dorner-Müller

**Gender Mainstreaming bei den Gesundheitsdiensten des Rhein-Kreises Neuss -
Prinzipien der geschlechtergerechten Haushaltsführung im Haushaltsaufstellungsprozess
des Produktbereiches 070 des Rhein-Kreises Neuss**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wir bitten Sie, unseren nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des **Kreistages**
am 19. Juni 2012 zu nehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss fordert die Verwaltung auf, ein Konzept zur schrittweisen Einführung von Gender Budgeting zu erarbeiten. Dadurch sollen haushaltspolitische Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse offen gelegt werden und daran anknüpfend Prioritäten verändert gesetzt sowie Mittel umverteilt werden, um einen geschlechtersensiblen und gerechten Haushalt zu erreichen.

Als ersten Produktbereich schlagen wir die Gesundheitsdienste des Rhein-Kreises Neuss (Produktbereich 070) vor, den wir für besonders wirkungsrelevant halten.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, bei der Förderung von Vereinen, Verbänden und Initiativen zukünftig die Anwendung des Prinzips von Gender Mainstreaming beachten.

Begründung:

Keine politische Entscheidung ist geschlechtsneutral. International und in Deutschland hat sich der Ansatz des Gender Mainstreaming durchgesetzt, der Auswirkungen von politischen Planungen und Entscheidungen für Männer und Frauen in allen Politikfeldern berücksichtigt.

Dies bedeutet, dass bei allen Maßnahmen, von der Planung bis zur Umsetzung, unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter zu erfassen und zu berücksichtigen sind. Durch die Anwendung des Gender Mainstreaming-Prinzips werden die gesellschaftlich geprägten Geschlechterrollen und die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Bedürfnisse von Frauen und Männern sichtbar gemacht.

Auch der Rhein-Kreis Neuss muss sich diesem Prinzip der Geschlechterdemokratie verpflichten. Da politische Maßnahmen oft einhergehen mit der Verteilung von finanziellen Ressourcen gilt es, auch für die Aufstellung und Umsetzung öffentlicher Haushalte zu prüfen, ob sie geschlechtergerecht geführt werden.

Bislang wurde u.E. bei der Aufstellung und Umsetzung des Kreishaushaltes die Geschlechterperspektive nicht angemessen berücksichtigt. Die Leistungen der Verwaltung dürfen zukünftig nicht allein unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden, sondern sind auch daran zu messen, welchen konkreten Beitrag sie zum Gleichstellungsziel leisten. Der Einsatz moderner Steuerungsinstrumente muss deswegen auch dahin genutzt werden, erzielte Gleichstellungsfortschritte oder -defizite erkennbar zu machen (Gleichstellungscontrolling).

Durch die Bewertung dieser geschlechterspezifischen Auswirkungen lassen sich unbeabsichtigte, negative Folgeerscheinungen verhindern und die Qualität und Wirksamkeit der Politik verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Stephan-Gellrich
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss – per Email

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1944/XV/2012

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	19.06.2012	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen auf eine Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses zum Thema "Ausbau der 380-KV-Freileitungen im Kreisgebiet" vom 06.06.2012

Anlagen:

Antrag SPD und B'90/Die Grünen

Sozialdemokratische Fraktion im Kreistag



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Fraktion im Rhein-Kreis Neuss



An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreishaus

41460 Neuss

und

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion
Schulstr. 1, 41460 Neuss
Tel. +49 2131 166681
S. Stephan-Gellrich / R. Dorner-Müller

SPD Kreistagsfraktion
Rhein-Kreis Neuss

Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Telefon: (02181) 2250 20
Telefax: (02181) 2250 40
eMail: brigittebaasch.ktf@
t-online.de

Neuss, den 6. Juni 2012

Grevenbroich, 06. Juni 2012

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 19. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beantragen eine Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses vor dem 24.07.2012, vorzugsweise in der ersten Juliwoche zum Thema „Ausbau der 380-KV-Freileitungen im Kreisgebiet“.

Begründung:

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat am 15.06.2012 das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der 380-KV-Freileitungen eingeleitet. Der Rhein-Kreis Neuss als betroffene Gebietskörperschaft hat bis zum 24.07.2012 Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben.

Der Netzausbau wurde im Planungs- und Umweltausschuss bereits mehrfach diskutiert, auch unter Anhörung von Experten. Der Planungs- und Umweltausschuss ist daher der geeignete Ausschuss, diese komplexe Thematik sach- und fachgerecht zu diskutieren und über die Stellungnahme des Kreises politisch zu entscheiden. Da die nächste Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses erst am 27. November 2012 stattfindet, ist die Einberufung einer Sondersitzung nötig.

Rainer Thiel
-Vorsitzender-

Susanne Stephan-Gellrich
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

